

Zeitschrift: Das Schweizerische Rote Kreuz
Herausgeber: Schweizerisches Rotes Kreuz
Band: 87 (1978)
Heft: 1

Artikel: Tut um Gottes willen etwas Tapferes!
Autor: E.T.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-547584>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

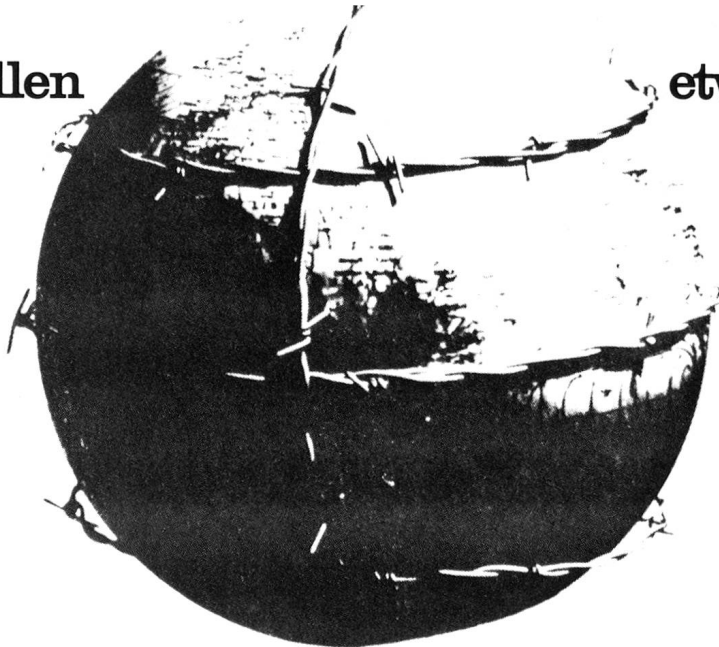
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Der Zwingli-Ausspruch, den wir zum Titel genommen, passt insofern auf das Folgende, als es auch Tapferkeit braucht, um gegen Terror einerseits und Gleichgültigkeit andererseits anzukämpfen. Was ist damit gemeint? In der Schweiz wurde ein Plan ausgearbeitet, wie den politischen Häftlingen in aller Welt durch eine Konvention besser geholfen und namentlich die Folter, dieses scheusslichste aller Verbrechen, bekämpft werden könnte. Wird der Vorschlag Gehör finden?

Die Zahl derer, die wegen ihrer dem Regime nicht genehmen Meinung, Religion oder Rasse inhaftiert sind, dürfte nach gewissenhaften Schätzungen über 500 000 betragen. Viele dieser politischen Gefangenen, Gewissensgefangenen, erleiden besondere Demütigungen, Misshandlungen, Folter, manche werden ermordet, ihre Angehörigen und Freunde werden bedroht und diskriminiert.

Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International (ai) und andere Organisationen besitzen Dokumente über Foltermethoden, bei deren Lektüre es einem übel wird, der Verstand sträubt sich, so ungeheuerliche Grausamkeiten aufzunehmen, und doch sind sie wahr, belegt und bezeugt. Wir wollen unsere Leser damit verschonen. Wie es in der Sonderausgabe von «Amnesty» zum «Jahr des politischen Gefangenen» (1977) hiess, «befinden sich in den Archiven von ai sowie in den Archiven der Presseorgane viele Bilder unerträglicher Grausamkeit – Zeugnisse dessen, was politische Unterdrückung und Terror in der Praxis bedeuten. Wir haben jedoch darauf verzichtet, aus dieser Zeitung eine Bilderausgabe des Grauens zu machen. Es erscheint uns wesentlich wichtiger, durch Information zum Nachdenken und Helfen anzuregen, als durch fotografische Schockbehandlung Gefühle des Ekels und der Hilflosigkeit auszulösen. Die Fotos zu unseren Artikeln illustrieren also

eher Hintergründe, auf denen sich das Leid von Hundertausenden abspielt. Wir möchten damit nicht zuletzt beweisen, dass die ‚Alltagsfoto‘, an die wir uns so sehr gewöhnt haben, fast immer auch den ‚Alltagsschrecken‘ verbirgt, mit dem wir in so vielen Ländern konfrontiert sind.»

Auch wir wollen nicht in Sensation machen, um so weniger, als ja die Folterungen «nur» besonders drastische Auswüchse der weitverbreiteten Missachtung der menschlichen Würde darstellen. Diesen Auswüchsen ist ein scharfer Kampf anzusagen, gleichzeitig müssen die Menschenrechte als ganzes wieder ernster genommen werden, wir müssen hellhörig werden für jede Verletzung der Menschenrechte, die auch bei uns vorkommen, und uns dagegen wehren.

Wie unerträglich jedoch die Auswüchse geworden sind und damit man nicht sagen könne «Wir wussten nicht, dass es so schlimm war», haben wir uns entschlossen, doch ein Beispiel zu bringen (aus einer Veröffentlichung von Amnesty International).

«Ich bin die Gattin eines Mannes, der aus politischen Gründen nach Mexiko exiliert ist.

20 schwerbewaffnete Zivilpersonen, die sich als zur Armee gehörig bezeichneten, drangen in meine Wohnung. Sie zerstörten die ganze Wohnung, rissen Dinge herunter und warfen sie auf das Bett, wo meine vier Söhne schliefen. Sie fragten nach meinem Mann und sagten, sie wüssten, dass er ins Land zurückgekehrt sei. Ich zeigte ihnen Briefe, die ich kürzlich von ihm erhalten hatte, aber sie glaubten mir nicht. Sie stiessen mich aus der Wohnung und in ein Auto hinein, stülpten mir etwas über den Kopf, schrien mich an und bedrohten mich. Ich glaubte, sie würden mich töten.

Sie brachten mich zu einem Haus, wo andere Gefangene waren, oder vielmehr Leute, die entführt worden waren wie ich.

Ungefähr 15 Männer zogen mich aus und stiessen mich auf die Treppe; dabei drohten sie mir mit Elektroschocks. Als ich meinte, sie würden beginnen, schleiften sie mich an den Haaren weg und warfen mich in ein Bad; sie drückten meinen Kopf unter Wasser, bis ich fast ertrank.

Ich sah im gleichen Raum auch einen weinenden Knaben. Als wir für kurze Zeit allein waren, versuchte ich, mit ihm zu sprechen. Seine Mutter war in der Kriegsmarine-Schule (Escuela de Mecanica de la Armada) grauhaft gefoltert worden. Sie trennten ihr mit einer elektrischen Säge beide Hände am Handgelenk ab, was einen derartigen Blutverlust bewirkte, dass sie inner weniger Minuten starb. Der Knabe hatte eine andere Frau gesehen, die man von der Vagina bis zum Kopf entzweigsägt hatte. Sie wollten ihn töten, weil er all das gesehen hatte. Ich war so entsetzt, dass ich von ihm wegrückte.

Nach mehreren Tagen wurde ich freigelassen; Tag und Nacht hatte ich andauernd die Schreie von Gefolterten gehört. Ich wurde mit zugedektem Kopf weggeführt und irgendwo in Buenos Aires ausgesetzt. Sie schrien mich zuvor noch an und beleidigten mich und sagten, nächstes Mal würden sie mich nicht so sanft behandeln – sie würden mich kurzerhand kaputt machen.»

Täglich erleiden unzählige Männer und Frauen Misshandlungen, zum Teil nach ausgeklügelten Methoden, die keine sichtbaren Spuren hinterlassen, Quälereien, die von Schlägen bis zum Ertränken, von sexuellem Missbrauch bis zu raffinierten psychischen Torturen und Schädigungen reichen – dazu die ganze Angst und Erniedrigung... da darf man einfach nicht mehr untätig bleiben!

Eine neue Art, die Folter zu bekämpfen

Gewiss haben schon bisher Einzelne und Organisationen sich für die politischen

Gefangenen eingesetzt und beachtliche Erfolge erreicht, auch bestehen verschiedene internationale Verträge, die die Folter verbieten, doch sind sie leider noch lange nicht von allen Staaten ratifiziert, und zweitens bieten sie keine oder wenig Handhabe für die Bestrafung von Fehlverhalten und die Verpflichtung zur Wiedergutmachung. Eine Untersuchung wird, zum Beispiel bei der Europäischen Menschenrechtskommission, nur auf Beschwerde hin eingeleitet. So ist der neue Vorstoss zur Schaffung eines wirksameren Instruments sehr zu begrüssen.

Ein Genfer Jurist und früherer Bankier, Dr. Jean-Jacques Gautier, der sich schon seit Jahren aus christlicher Überzeugung für die Bekämpfung der Folter einsetzt, hat den Vorschlag gemacht, das Problem auf eine neue Art anzugehen: durch eine Konvention mit präzisen Regeln für die Behandlung von Gefangenen und einer Kontrollinstanz. Eine erste Gruppe von Staaten soll einen multilateralen Vertrag zur Ächtung der Folter abschliessen. Der neutrale Kleinstaat Schweiz soll dazu die Initiative ergreifen.

Das entscheidende *Neue* liegt in der *Kontrolle*. Der Entwurf sieht vor, dass die der Konvention beigetretenen Staaten den Delegierten einer Aufsichtskommission jederzeit Besuche in ihren Gefängnissen, Polizeistationen und psychiatrischen Anstalten erlauben.

Die Vertreter dieser internationalen Kommission sollen also jederzeit, ohne Voranmeldung und ohne dass eine Beschwerde erhoben wurde, Zutritt zu allen Haft- und Verhörstätten erhalten. Die Aufsichtskommission kann die Delegiertenberichte veröffentlichen.

Der zunächst beschränkte Mitgliederkreis soll sicherstellen, dass strenge Bestimmungen angenommen werden, die in den betreffenden Staaten in der Regel schon eingehalten sind. Wollte man von Anfang an zu vielen Staaten den Beitritt ermöglichen, müsste das mit einer Verwässerung der Anforderungen erkauft werden, womit das Ziel verfehlt würde. Die «Folterstaaten» werden also gerade nicht dabei sein. Der Initiant führte dazu aus (in seinem Artikel in «La vie protestante» vom 29. Oktober 1976):

«Heben wir zuerst hervor, dass die Pakte des letzten Jahrhunderts alle durch einige ‚fortschrittliche‘ Staaten geschaffen wurden, denen sich die übrigen nach und nach anschlossen. So wurden auch die vom Roten Kreuz vorgeschlagenen Konventionen anfänglich von nur elf Regierungen unterzeichnet, die sich inzwischen auf über 100 vermehrt haben. Wären sie auch so wirksam gewesen, wenn Henry Dunant von Anfang an die Mitwirkung des Kaisers von China oder der Königin Pomari in Tahiti verlangt hätte? Wir können dieselbe Ent-

wicklung bei einer grossen Zahl von internationalen Abkommen feststellen, besonders auch, was ein anderes Gebiet der Menschenrechte, den Schutz der Arbeiter, betrifft.

Man muss weiter hervorheben, dass zwischen den ‚über jeden Verdacht erhabenen‘ Staaten – falls es diese überhaupt gibt – und jenen, die systematische Folterungen kennen, eine Reihe von Zwischenstufen besteht. So gibt es Länder, in denen Regierungskreise wie auch die öffentliche Meinung die Missbräuche moralisch verurteilen, wo aber die Repräsentanten des Polizeiapparats sich darüber hinwegsetzen.

Nun ist die Folterfrage zweifellos ein Gebiet, auf dem die Öffentlichkeit ihre Stimme machtvoll ertönen lässt, so dass ihr Echo bis in die schalldichten Säle der UNO dringt. So erschreckend die Dynamik der Folter sein mag, die Dynamik der Opposition ist ebenfalls stark. Immer grösser wird die Zahl der Menschen, welche der Meinung sind, dass man diesen Zustand nicht länger dulden dürfe.

Bedenken wir auch die Unstabilität der gegenwärtigen politischen Lage! Die kommenden Jahre werden sicher den Sturz und den Wechsel zahlreicher Regierungen bringen, besonders in der Dritten Welt. Jedesmal, wenn ein Regime von Folterern untergeht, können seine Nachfolger (von denen wohl einige am eigenen Leib gelitten haben) an der Modellkonvention interessiert werden. Es wäre vermutlich möglich gewesen, Griechenland und Portugal zu gewinnen, hätte zur Zeit dieser Revolutionen ein solches Abkommen bestanden.

Zum Schluss und vor allem: Auch wenn es unmöglich wäre, jemals mehr als eine Handvoll Staaten in einem solchen Pakt zu vereinigen, so ginge doch davon ein bedeutender Einfluss aus. Auch wenn die endgültige Abschaffung der Folter – so glauben wir jedenfalls – nur durch eine tatsächlich international wirksame Kontrolle erreicht werden kann, wäre es doch sehr wertvoll, wenn man wenigstens an einigen Orten das Funktionieren einer solchen Kontrolle nachweisen könnte. Ist es vermessen, anzunehmen, dass die Anwendung eines Abkommens dieser Art nicht nur ein Vorbild wäre, sondern auch erlaubte, Erfahrungen zu sammeln, die, ob gut oder mittelmässig, für die internationale Gesetzgebung der Zukunft von wirklichem Nutzen wären?

Man möge uns richtig verstehen: Die Modellkonvention ist weder eine simple noch eine Wunderlösung. Im Kampf gegen den Krebs der Folter, der an unserer Zivilisation nagt, gibt es kein Universalheilmittel. Es besteht jedoch eine Reihe von Mitteln – von denen wir einige aufgezählt haben – die allein nicht genügen, die sich aber auch nicht gegenseitig aufheben, sondern ergänzen. Eine Modellkonvention anzustreben, lohnt sich um so eher, als die dazu nötigen materiellen Mittel bescheiden sind im Ver-

gleich zu einer weltweiten Konvention. Wenn ein Staat den Anfang macht und Kontakt aufnimmt mit einigen anderen, so könnte das schon genügen, um einen vielleicht unaufhaltsamen Prozess auszulösen.

Dass dieser Staat der unsrige sei, wünschen wir uns nicht nur aus Patriotismus. Als kleines Land, das sich der aktiven Neutralität verschrieben hat, als Wiege des Roten Kreuzes und so vieler anderer humanitärer Institutionen, als Anhängerin der kleinen, aber konkreten Schritte scheint die Schweiz prädestiniert, diese Rolle zu übernehmen. Ihr ist hier eine Gelegenheit geboten, die zu verpassen ein Jammer wäre.»

Die neue Konvention im Verhältnis zu anderen Bemühungen

Motion Schmid

Am 17. Dezember 1970 hatte der damalige Nationalrat Werner Schmid, Zürich, mit 76 Mitunterzeichnern eine Motion eingereicht, die den Bundesrat einlud, «den Abschluss einer internationalen Konvention zum Schutz politischer Häftlinge einzuleiten». Die Motion wurde angenommen, und der Bundesrat beauftragte das Henry-Dunant-Institut mit einer Studie über dieses Problem. Dr. Gautier bekam Ende 1974 Kenntnis von der Motion und unterbreitete im Jahr darauf dem Chef der Abteilung für internationale Organisationen im Eidg. Politischen Departement einen Konventionsentwurf zur Bekämpfung der Folter. Botschafter Keller, der damalige Chef der Abteilung, schlug Dr. Gautier vor, sich mit dem Dunant-Institut in Verbindung zu setzen, dessen Bericht noch nicht bereinigt war. Dieses nahm die Gedanken Gautiers auf und bezog sie in die Schlussfolgerungen der Studie ein. Damit wurde dem Bundesrat im März 1976 nicht nur ein Bericht über die Lage der politischen Häftlinge vorgelegt, sondern zugleich der Entwurf zu einer internationalen Konvention zu ihrem Schutze. Sie trägt den Titel «Konvention über die Behandlung der ihrer Freiheit beraubten Personen».

Wenn darin im Unterschied zur Motion Schmid nicht von «politischen Häftlingen» gesprochen wird, so deshalb, um keinen Durchschlupf offen zu lassen. Der Begriff des politischen Häftlings ist nämlich rechtlich nicht leicht zu fassen, viele Staaten geben nicht zu, Oppositionelle wegen ihrer abweichenden Meinung eingesperrt zu halten, sie haben sie als «Kriminelle» verurteilt. Im weiteren sollen natürlich alle Kategorien von Gefangenen in ihren Menschenrechten geschützt werden. In der Praxis wird es sich aber vor allem um die politischen Häftlinge handeln.

IKRK

Bekanntlich hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz ein völkerrecht-

liches Mandat zugunsten von Kriegsgefangenen. Seit dem letzten Weltkrieg besucht es vermehrt auch politische Häftlinge (1976 = 9300 Besuche). Es stützt sich dabei auf sein Initiativrecht, doch bestehen keine Rechtsgrundlagen für die Durchsetzung der Besuche, es ist auf das Wohlwollen der betreffenden Regierungen angewiesen, und sein Tätigkeitsfeld ist oft sehr eingeschränkt. Gerade weil sich das IKRK der seinem Wirken für die politischen Gefangenen gesetzten Grenzen so schmerzlich bewusst ist, begrüsst es Dr. Gautiers Initiative und unterstützt sie voll und ganz. (Siehe auch den Artikel «Das IKRK und die Folter» auf Seite 10.)

Amnesty International

Diese Gefangenenhilfsorganisation wurde vor 15 Jahren in England gegründet und hat Sektionen in zahlreichen Ländern. Sie untersucht die Fälle von politischen Gefangenen, führt Kampagnen zugunsten der einzelnen Häftlinge (Appelle an die betreffende Regierung) und gegen allgemeine Missstände durch, leistet – wie auch das IKRK – Angehörigen von Inhaftierten finanzielle Unterstützung. Die Organisation sammelt und veröffentlicht Dokumentation über politische Verfolgungen und versucht, durch Mobilisierung der öffentlichen Meinung Druck auf die fehlbaren Verantwortlichen auszuüben, um Haftverbesserungen und -entlassungen zu

erwirken. Der Präsident der Schweizer Sektion von Amnesty International, Nationalrat Andreas Blum, erklärte an einer Pressekonferenz vom 23. September 1977, dass seine Organisation vom Vorschlag Gautier, der auf der Ebene der eigenen Zielsetzung liegt, eine positive Wirkung erwartet.

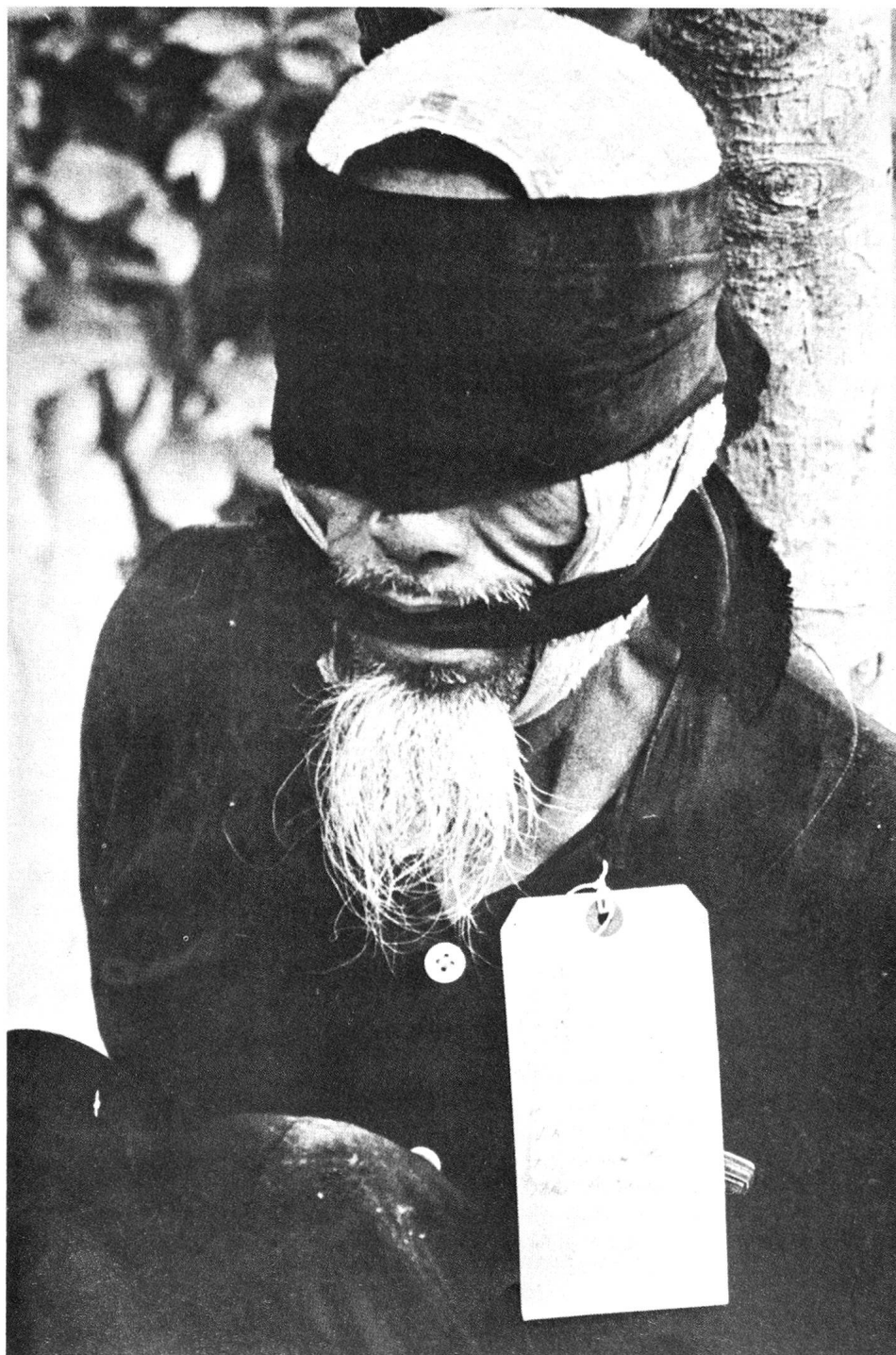
Die Kirchen

Der Ökumenische Rat der Kirchen forderte kürzlich in einer Erklärung die Kirchen in aller Welt auf, festgestellte Folterungen öffentlich bekanntzumachen und die Namen der Verantwortlichen zu nennen. Dies ist einer Notiz des Evangelischen Pressedienstes zu entnehmen. Unter anderem werden Massnahmen gegen die Entwicklung von Foltertechniken und -instrumenten sowie gegen den Handel mit solchen gefordert. Die Kirchen sollen sich Zugang zu Haft- und Untersuchungsstätten verschaffen, um sicherzustellen, dass dort Festgehaltene nicht misshandelt werden.

Auch von kirchlicher Seite will man also vermehrt gegen die Folter ankämpfen. Sowohl Dr. Walter Sigrist, Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, wie P. Dr. Bruno Holtz, Presseattaché der Schweizerischen Bischofskonferenz, äusserten sich denn auch an der erwähnten Pressekonferenz zustimmend zum Plan der neuen Konvention. Die obersten Behörden der katholischen, altkatholischen und evangelischen Kirche sowie der Präsident des Israelitischen Gemeindebundes der Schweiz hatten im Februar 1977 in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesrat den Vorschlag für eine internationale Konvention unterstützt.

Die Behörden

Der Bundesrat nahm die Empfehlungen des Dunant-Instituts mit Vorbehalten entgegen. In seinem Bericht an die Bundesversammlung vom 29. Juli 1977 wies er darauf hin, dass in der Frage der politischen Häftlinge ganz besondere Barrieren vorhanden sind: «Man darf auch nicht vergessen, dass das Problem der Folter im besonderen und das allgemeinere der politischen Häftlinge einem äusserst heiklen, in hohem Mass politisierten Bereich angehören; denn damit ist unmittelbar die Frage der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und darüber hinaus die Existenz der herrschenden politischen und sozialen



Sogar wehrlose Zivilisten erleiden heute schlechtere Behandlung als in früheren Kriegen die gefangenen Soldaten. In vielen Ländern wird die Bevölkerung terrorisiert. Einzelne erleiden die Folter, die Gebote der Menschlichkeit werden mit Füßen getreten!

Ordnungen verbunden. Dieser Bereich wird mit Nachdruck von vielen Regierungen gegen jede Einmischung verteidigt, in erster Linie von denen, deren demokratische Grundlage und damit die politische Stabilität am wenigsten gesichert sind. Jeder Vorstoss in dieser Hinsicht muss daher sorgfältig auf seine möglichen Vor- und Nachteile hin geprüft werden.»

Er bezweifelt auch den Nutzen und «Schneeballeffekt» einer Konvention, an der sich nur wenige Staaten, deren Strafvollzug im grossen und ganzen zu keinen Klagen Anlass gibt, beteiligen würden. Obwohl der Bundesrat dem Parlament beantragte, die Motion Schmid abzuschreiben, erklärte er sich mit den Motionären in der Sorge um das Schicksal der politischen Häftlinge einig und führte aus: «Es ist daher gut, wenn in dieser Angelegenheit möglichst viele Regierungen immer wieder durch den Druck der öffentlichen Meinung angespornt werden.» Er teilte auch mit, dass beschlossen wurde, mit anderen Regierungen Beratungen aufzunehmen, um festzustellen, welches die wirksamsten Mittel zur Verbesserung des Schutzes für politische Häftlinge seien. Es bleibt zu hoffen, dass bei solchen Kontakten auch die vorgeschlagene Konvention wenigstens ins Gespräch gebracht wird. Der Bundesrat wird sich um so entschiedener in dieser Sache engagieren können, je deutlicher er sich darin durch den Volkswillen bestärkt fühlt. Es ist nun an der Öffentlichkeit und den Volksvertretern in den Parlamenten, diesen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Zur Förderung der Sache bildete sich im Frühjahr 1977 das «Comité contre la torture» (Postfach 2402, 1002 Lausanne).

Innen- und aussenpolitische Bedeutung des Vorschlags

Ein Vorstoss der Schweiz zugunsten der politischen Gefangenen gäbe unserer Neutralität einen neuen Sinn und Inhalt, und die Neubelebung der humanitären Verpflichtung unseres Landes hätte auch für uns selbst grösste Bedeutung.

Wir zitieren einige Stimmen.

Nationalrat und Staatsrat Guy Fontanet: «Unser Land, für einmal seine Zurückhaltung überwindend, würde grösser.»

Pfarrer Reinhard Kuster, Präsident der Menschenrechtskommission des schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes: «Die vielen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich aus einem Gefühl der Ohnmacht auf sich selbst zurückziehen und von jeder öffentlichen Mitverantwortung fernhalten, bekämen neue Freude an ihrem Bürgerrecht. Die seelisch-defensive Existenz so vieler Schweizer, und die wachsende praktische Intoleranz in einem der freiheitlichsten Staaten der Welt wären zu überwinden.»

Eric Martin, ehemaliger Präsident des

IKRK: «Wenn die Schweiz die Initiative zur Verwirklichung der vorgeschlagenen Konvention ergreift, ist sie der humanitären Tradition treu, die sie manchmal zu vergessen droht. Damit gäbe sie dem oft in Anspruch genommenen Begriff der aktiven Neutralitätspolitik wirkliches Gewicht.»

Henri Stranner argumentierte in der «Basler Zeitung» vom 1. Juli 1977: «Hat man vor zwei Jahren nicht auch mancherorts (z. T. auch in Bern) mitteilend über die KSZE-Schlussakte von Helsinki gelächelt und diese als einen Fetzen Papier bezeichnet? Heute, zwei Jahre später, stellen viele Politiker mit Erstaunen fest, dass die im Helsinki-Papier (unter anderem) enthaltene Menschenrechtsdeklaration eine Sprengkraft entwickelt, die den osteuropäischen Staaten schwer zu schaffen macht. Eine von der Schweiz und andern demokratischen Staaten lancierte Konvention zum Schutz der Häftlinge und zur Ächtung der Folter würde zwar anfänglich in der übrigen Welt auch als Papierfetzen abgetan, könnte aber mit der Zeit ebenfalls jene Leuchtkraft entwickeln, die heute von der KSZE-Akte ausgeht.»

Es ist sicher ein mühsames, langwieriges Unterfangen, eine Übereinkunft auch nur unter wenigen Staaten zustande zu bringen, besonders wenn sie eine so heikle Bestimmung wie internationale Kontrolle beinhaltet.

Es werden nur Mindestregeln für die Behandlung der Gefangenen aufgestellt, und die Meinungen darüber, was schon eine Misshandlung im Sinne der Konvention sei und was nicht, werden sicher manchmal auseinandergehen. Es ist auch möglich, dass die Konvention in einem demokratischen Rechtsstaat dauernd wegen verhältnismässig harmloser Verletzungen angerufen würde. Aber all das sind keine stichhaltigen Gründe gegen die Schaffung einer solchen Konvention.

Schliessen wir mit den Worten Jean-Jacques Gautiers:

«Wenn unsere Regierung von einer Konvention nichts wissen will, möge sie einen anderen Vorschlag machen! Aber wenn sie die Schublade mit diesem Dossier zuschlägt, muss sie wissen, dass sie gleichzeitig Gefängnistüren zuschlägt, hinter denen die Schreie von Gemarterten Tag und Nacht ertönen, Schreie, die eine schreckliche Anklage enthalten, nicht nur gegen die Peiniger, nein, auch gegen alle jene, die, in friedlicheren Ländern lebend, sich nicht um ihr Schicksal kümmern.»

Wer etwas zur Erleichterung des Loses der politischen Gefangenen tun will, der kann auf verschiedene Arten mithelfen:

– Er kann für einen Vorstoss der Schweiz zum Abschluss einer «Konvention über die Behandlung der ihrer Freiheit beraubten Personen» (Vorschlag Gautier)

eintreten. Dokumentation und Information durch das **Comité contre la torture, case postale 2402, 1002 Lausanne.**

– Er kann sich dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz als Delegierter zur Verfügung stellen (die charakterliche und fachliche Eignung vorausgesetzt) oder ihm Geld für die Gefangenearbeit spenden:

IKRK, avenue de la Paix 17, 1211 Genf – PC 12-1767.

– Er kann Amnesty International beitreten oder finanziell unterstützen:

ai Schweizer Sektion, Postfach 1051, 3001 Bern – PC 80-68972.

– Jeder kann in seinem eigenen «Machtbereich» dafür sorgen, dass die persönliche Würde und Freiheit des einzelnen geschützt und geachtet wird. So wie Verfolgung und Grausamkeit aus der alltäglichen Lieblosigkeit hervorwachsen, so hilft mehr Menschlichkeit im Alltag, den Schandflecken der Folter zum Verschwinden zu bringen. E.T.

Gedichte eines Arzt-Delegierten

Die Gedichte auf den Seiten 9–12 wurden uns von einem Arzt übergeben, der 1961 in unserer medizinischen Equipe am Kintambospital in Kinshasa arbeitete und in den Jahren 1966 bis 1977 im Auftrag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zahlreiche Gefängnisse für Kriegs- und politische Gefangene besuchte. Die Aufzeichnungen geben das Fühlen eines Delegierten wieder, der bei seiner Tätigkeit viel Leid und wenig Hoffnungsvolles erlebte, der auch erkannte, dass hüben und drüben Angst ist und dass in allen von uns ein Keim der Grausamkeit vorhanden ist – Pharisäertum ist nicht am Platze! Die Rotkreuzmissionen führten Dr. Klotter nach Vietnam, Rwanda, Biafra/Nigeria, Bolivien, Chile, Libanon, Argentinien. Da er verpflichtet ist, in der Öffentlichkeit Stillschweigen über das an den einzelnen Orten Gesehene und Gehörte zu bewahren, sind nähere Ortsbezeichnungen weggelassen.

Wir wollen die Texte ohne weiteren Kommentar wirken lassen; zum besseren Verständnis für Aussenstehende sind jedoch einige Anmerkungen nötig.

Zu *: Der Delegierte fuhr im Panzerwagen zu Besprechungen in die Residenz der libanesischen Regierung, den Serail, nachher in einer gewöhnlichen Limousine zurück durch Feuer und Barrikaden, über die Place des canons, zum Flugplatz Bayap nach «Hause», dem Schlafplatz auf leeren Bahnen. Es gelang ihm, die Lieferung von Medikamenten für etwa zwei Millionen Franken nach Beirut zu organisieren und nach Verhandlungen mit weltlichen und geistlichen Instanzen die Erlaubnis zu Inspektionen in Spitälern zu erhalten. – Männer aus Tuch = verummte Kämpfer.

Zu **: Als «irrecuperable», als «abgeschriebene Verlorene» werden in Südamerika Personen bezeichnet, die wegen «Subversion» hinter Gitter gesteckt werden – auf unbestimmte Zeit!

Zu ***: In diesem überfüllten Lager konnten sich die Gefangenen nur schichtweise in den Hütten zum Schlafen niederlegen.

plötzlich muss ich
wörter
zu sätzen
verdichten
zu
richtung
verpflichten
nach
aussage
sichten
dicht
machen
verdichten
gedanken richten
vernichten
sichten
kurz d i c h t e n

die freud ist von mir gewichen
ich kann nicht heiter mehr sein.
ich denke an *mein* schicksal
und *ihrer* mit all ihrer pein.

was ist denn *mir* widerfahren
das mich so niederdrückt?
sie leben in tausend gefahren
mit wenig nur sind sie beglückt.

sie reden von ihrer folter
ich messe und trage es ein
«informe» nennt sich das schreiben
wie wichtig mag es nur sein?

minister sie lächeln nur müde
alcaides beschwichtigen sehr
die wache zückt ihre waffe.
erreichen wir wirklich nicht mehr . . .

*
vom serail
zur kanone
nach hause
wohin?

zum bayap
hinaus
saika-gestoppt
in den strassen
den dunklen
von männern
aus tuch
mit löchern
statt augen
und hartem
metall
in den händen
und angst
in den herzen
wie wir

ob saikas
ob christen
und moslem
die menschen
in lagern
sie alle
sie bangen
um frieden
wie wir

wir bringen
ihn nicht
wir bringen
nur mittel
zu mildern
die schmerzen
zu lindern
die pein
die wunden
zu laben
die weiter
sich schlagen
verblendete
menschen
aus innerem
zwang

wir knüpfen
auch fäden

verteilen
die ware
die flieger
uns bringen
wie manna
von fern.
bestücken
spitäler
und bauen
in zelten
die räume
wo schmerzen
vermählt sind
mit pein

wir kennen
sie alle
die grossen
die macht
wohl haben
und doch nicht
die kraft
zu enden
das übel

so stehn wir
dazwischen
mit gram
in den herzen
und können's
nicht ändern

so tun wir
nur eins:
wir halten
die fahne
ob halbmond
ob kreuz
und helfen
das schicksal
zu tragen
den einen
den andern
wohl allen
die weinen
als menschen
der erde
wie wir.

sie rollen den roten teppich mir
sie präsentieren gewehre
sie behandeln mich wie den letzten dreck
sie geben mir alle ehre
doch in der hütte ist mir wohl
bei der geburt des jungen
farbigen menschensohns
und auch hinter barrikaden.
ich operier' in des consuls salon
und wische die tränen der mutter
im unbill des kampfes im libanon.

ich drücke die hand des ministers
und messe den argwohn des generals
und stehe vor blutigen pritschen
beurteil die grösse des mals
von torturen und schändung und pein

sie behandeln mich mit liebe
sie bewerfen mich mit dreck.
alle die's tun sind menschen,
menschen dieser erde.

liegt irgendwo ein zweck?

nicht mehr als den stopp der torturen
nicht mehr als bessere kost?
die menschen sind nur spielball
im kampf zwischen west und ost

und *wir* greifen oft dazwischen
mit herz nur und oft einem blick
mit leeren paragraphen
zu füllen mit viel geschick.

gelingt es zu überzeugen
zu zeigen der gefangenen not
oft bessert sich so ihr schicksal
dann bringen wir mehr als nur brot . . .

wir bringen wieder hoffnung
in der detenidos tag
wir hoffen selbst auf das wunder
dass der greuel weichen mag.

ihr glaubt von all dem verschont euch?
paloma, elektroshock gar?
ich sehe in missgunst und untreu
den kern für was . . . mir war.

ich sehe bei *jedem*, uns allen
ein stück jener peiniger auch.
ich hoffe es könnte nicht wahr sein
bei uns herrsche menschlicher brauch.

ach mitmensch sei nicht so erhaben
und gib mir das lächeln zurück.
bespiegle dich kämpfe dagegen
dann findet mein wollen sein glück.

